

		AZ:	FD 50 / Herr Winter
--	--	-----	---------------------

Mitteilung-Nr.: 0343/2018/MV

=====

Beratungsfolge	Termin	Status	Behandlung
Finanz- und Rechnungsprüfungs- ungsausschuss	26.05.2021	Ö	Kenntnisnahme

Betreff:

**Stellenbemessung im Bereich der
Grundsicherung**

ISEK-Ziel:

Soziale Stadt sein, in der Benachteiligungen und Notlagen verhindert, abgemildert bzw. beseitigt werden.

B e g r ü n d u n g :

Der Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 05.06.2019 die Vorlage DS 0330/2018/DS vorberaten und der Schaffung einer zusätzlichen Stelle in der Sachbearbeitung der Grundsicherung bei Erwerbsminderung im Fachdienst Soziale Hilfen zugestimmt.

Im Protokoll der damaligen Sitzung wurde festgehalten:

„ Herr Holland bittet die Verwaltung um Vorlage eines Erfahrungsberichtes im April 2021. Dies wird von der Verwaltung zugesagt.“

Die beschlossene zusätzliche Stelle (1 VZÄ) wurde bis heute nicht in vollem Umfange, sondern nur mit aktuell gut 20 Stunden/wöchentlich besetzt. Die Gründe dafür:

1. Die prognostizierte erhöhte Fallzahl (196) nach Trennung der Fachleistung der Eingliederungshilfe und der existenzsichernden Leistungen (Grundsicherung) ist in dieser Größenordnung nicht eingetreten. Derzeit werden 113 Fälle im Bereich Grundsicherung in der „besonderen Wohnform“ gezählt. Es hat sich allerdings auch herausgestellt, dass diese Fälle aufgrund eines ständigen Abstimmungsbedarfes mit der Eingliederungshilfe (u.a. auch wegen der Werkstattlöhne und der Mittagsverpflegung in den Einrichtungen) einen Mehraufwand im Vergleich zu normalen Grundsicherungsfällen auslösen.

2. Zum 01.01.2020 ist das Angehörigen-Entlastungsgesetz in Kraft getreten, mit dem sich der Aufwand für die Verfolgung von Unterhaltsansprüchen bei Hilfestellungen in den Bereichen des SGB XII und IX verringert hat.

Festzuhalten ist allerdings auch, dass die Fallzahlen in der Grundsicherung weiterhin steigen (siehe auch Sozialbericht 2020, Vorlage DS 0337/2018/MV). Die Zahlen im Sozialbericht wurden zum Stichtag 31.12.2019 ermittelt, der Trend zur Fallzahlensteigerung hat sich bis heute fortgesetzt.

Vor diesem Hintergrund wird eine weitere Organisationsuntersuchung angestrebt, um den Stellenbedarf im Bereich der Grundsicherung an die sich verändernden Fallzahlen anzupassen.

Im Auftrag

Dr Olaf Tauras
Oberbürgermeister

Carsten Hillgruber
Erster Stadtrat

